

Großhandel und Uebergangswirtschaft.

Der am 3. Mai 1916 gegründete „Zentralverband des deutschen Großhandels“ gibt eine Sammlung von Aufsätzen heraus, die bezwecken, zu zeigen, welche Bedeutung der Großhandel für die Uebergangswirtschaft und die zukünftige Friedensarbeit haben wird und muß. Im ersten Heft dieser Sammlung — im ganzen sind 20 Veröffentlichungen vorgesehen — behandelt der Generaldirektor der A.-G. Deutscher Eisenhandel, Kommerzienrat Leo Lustig, der im Kriege schon mehrfach in glücklichster Weise schriftstellerisch hervorgetreten ist, das Thema: Großhandel und Uebergangswirtschaft.

L. schildert zunächst die Bedeutung des Großhandels für den deutschen Außenhandel. Er erwähnt dabei, daß der letztere, dank der unermüdeten Tätigkeit des Großhandels, von 7,68 Milliarden im Jahre 1890 auf 20,87 Milliarden im Jahre 1913 gestiegen ist, wobei die Ein- und Ausfuhr der Edelmetalle nicht einmal einbezogen ist. Deutschlands Außenhandel hatte bei Ausbruch des Krieges den zweiten Platz im Weltverkehr inne; er wurde nur noch von dem Großbritanniens, und zwar auch nur um 3 Milliarden, übertroffen. Mit Beginn des Krieges wurde der Großhandel infolge der englischen Blockade in seinen Existenzbedingungen schwer getroffen, am schwersten jedoch, als sein Arbeitsfeld nahezu brachgelegt wurde, nachdem die öffentliche Bewirtschaftung der Rohstoffe und Verbrauchsgüter einen fortgesetzt steigenden Umfang angenommen hatte. Diese Konzentration des Warenbezuges und Versandes bei mangelnder Sachkenntnis hat, nach Ansicht Ls., in zahlreichen Fällen dem verabscheuungswürdigen Wucher- und Kettenhandel Tür und Tor geöffnet. Erst zu spät hat man in Regierungskreisen erkannt, welch ein Fehler die Ausschaltung des legitimen Handels war, und es ist nunmehr, zumal nach den Erörterungen im Preussischen Abgeordnetenhaus, zu hoffen, daß der Großhandel in der Zukunft wieder in den Dienst der Volkerversorgung gestellt wird. Die Ueberzeugung besteht allgemein, daß die kriegswirtschaftlichen Einrichtungen nur als Notstandseinrichtungen anzusehen sind, die mit dem allmählichen Nachlassen des Notstandes beseitigt werden müßten. Aus einzelnen Äußerungen des früheren Leiters der Reichsgetreidestelle, jetzigen Reichskanzlers Dr. Michaelis, ist nun aber zu schließen, daß eine Monopolisierung bei einzelnen Gütern des Massenbedarfs angestrebt wird, in erster Linie beim Getreide. L. wendet sich gegen diese Absichten. Was sich im Kriege als erforderlich erwiesen hat, bietet keinerlei Gewähr, den veränderten Zwecken der friedlichen Wirtschaftspolitik gerecht zu werden; denn in der Kriegswirtschaft sind unzählige Kräfte gefesselt, die im freien Weltverkehr die heimische Gewerbetätigkeit stark beeinflußt und zu hoher Blüte entwickelt haben.

Das Verlangen nach einer möglichst zu beschleunigenden Wiederherstellung der freien Handelstätigkeit darf indes nicht dazu verleiten, den Apparat unserer Kriegsorganisationen beim Friedensschluß aufzulösen. Eine überstürzte Beseitigung der behördlichen Kriegsorganisationen könnte unserem Wirtschaftsleben Wunden schlagen, die in absehbarer Zeit unheilbar wären. Ihr Fortbestand wird daher für unsere Nahrungsmittelversorgung, namentlich aber für die Einfuhr von Rohstoffen, sowie die Ausfuhr von Halb- und Fertigfabrikaten, so lange erforderlich werden, bis Weltproduktion und Welthandel sich einigermaßen die natürlichen Grundlagen zurückerobert haben. Während der Dauer der Uebergangswirtschaft werde der Großhandel den Schwerpunkt seiner gesamten Tätigkeit auf die Wiederanknüpfung und den Ausbau der auswärtigen Handelsbeziehungen verlegen müssen. Daran werden auch die lärmenden Kundgebungen der Interessenvertretungen des Handels im feindlichen Auslande nichts ändern. Denn viele unserer Waren — es sei nur an unsere Kallierzeugnisse und Teerfarbstoffe erinnert — werden im Auslande dringend gebraucht und sind durch andere Produkte nicht zu ersetzen. Die Verschlechterung unserer Währung bietet allerdings einer schleunigen Wiederbelebung unserer Wirtschaftsbetriebe Schwierigkeiten, jedoch keine unüberwindlichen. Durch Personalkredite angesehenere deutscher Firmen kann für die Differenz der Handelsbilanz Deckung geschaffen werden. Zu einem guten Teile würden schließlich auch die an den deutschen Börsen eingeführten ausländischen Staatsanleihen in den Dienst unserer Diskontopolitik gestellt werden können. Eine wesentliche Erleichterung würde die Lösung dieser Aufgabe erfahren, wenn es ermöglicht werden könnte, ohne Gefährdung unseres Währungssystems 1—2 Milliarden Gold in den Dienst unserer Zahlungsbilanz zu stellen. Jedenfalls aber muß dafür Sorge getragen werden, daß unsere Warenausfuhr während des Krieges soweit aufrechterhalten wird, wie es die wirtschaftliche und militärische Lage irgendwie zuläßt. Weiterhin muß Vorsorge getroffen werden, daß sogleich nach Beendigung des Krieges von gewissen hochwertigen Waren möglichst umfangreiche Mengen für die Ausfuhr bereitgestellt werden. Allgemeine Uebereinstimmung besteht darüber, daß der Abbau der Kriegswirtschaft mit der Außerkraftsetzung der geltenden Ausfuhrbeschränkungen und Ausfuhrverbote zu beginnen habe. In der Hauptsache rechtfertigen sich diese nach dem Ende des Krieges nur noch für Nahrungsmittel.

Wie für die Ausfuhr, so müssen auch für den Inlandsverbrauch und für die Einfuhr gewisse Grundsätze in der Uebergangswirtschaft zur Geltung gebracht werden, die dem freien Handel starke Fesseln anlegen. Die Rationierung für den Inlandsbedarf muß schon im Interesse der Valuta aufrechterhalten werden, ebenso die Beschränkung und Kontingentierung der Einfuhr, ganz abgesehen davon, daß nur durch sie die sicherste Gewähr für angemessene Preisbildungen sowohl der ausländischen Einfuhrwaren als auch der überseeischen Frachten geboten werden kann. Hierbei wird der Großhandel wertvolle Dienste leisten können. Ein reines staatliches Einfuhrmonopol wäre zu verwerfen. Die Regierung hegt ja auch diese Absicht nicht, vielmehr scheint sie zu planen, die Beschaffung der wichtigsten Rohstoffe nach dem Kriege Industriegesellschaften mit freier Selbstverwaltung, unter Zuziehung eines Staatskommissars, zu gründen, die Einkauf, Verteilung und Auskunfterteilung übernehmen sollen. Soweit hierdurch der Einfuhr- und Großhandel ausgeschaltet werden soll, würde dies in Handlungskreisen allerdings Bedenken erregen. Jenem Projekte kann der Handel nur zustimmen, wenn nicht Einfuhrsyndikate der Industrie, sondern Einkaufssyndikate der Industrie und des Großhandels, sog. Verteilungssyndikate, gebildet werden. Deren Funktionen seien so gedacht, daß sich der Handel frei entfalten kann, aber verpflichtet sein soll, für den deutschen Bedarf nur an die Verteilungszentrale zu liefern. Die Verteilungszentrale verfügt stets über die für den inländischen Markt zur Verfügung stehenden Rohstoffmengen. Ein Einfuhrsyndikat der Industrie ist auch darum abzulehnen, weil es zu gewissen Zeiten außerordentlich große Zahlungsverpflichtungen haben würde, die die Währungsbalancierung schwer belasten würden. Beim Einkauf durch den Handel, der die persönlichen Beziehungen wahren und in Anspruch nehmen kann, ist ein allmählicher Abbau leichter zu erreichen. Schon heute haben die deutschen Einfuhrhändler mit ihren über-

1917

157